

# **1 Thema: Kinder- und Jugendpolitik**

## **2 Städte und Gemeinden fit machen für die nächste Generation**

3 Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-  
4 Westfalens gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein  
5 auf ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die  
6 Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und  
7 nach seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der  
8 Kinder- und Jugendhilfe katastrophal.

## **9 Jedem Kind einen Kita-Platz**

10 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kann in unseren Städten und Gemeinden vielfach nicht  
11 gewährleistet werden. Noch immer müssen einige Eltern den Platz für ihr Kind erst einklagen.  
12 Das Problem des Personalmangels bekommt die Landesregierung seit Jahren nicht in den Griff.  
13 Immer öfter müssen die Kitas deshalb ihr Angebot einschränken. Wir brauchen also dringend  
14 weitere Maßnahmen des Landes zur Überwindung des Personalmangels. Dazu gehören auch  
15 intelligente Konzepte der Kommunen, um die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal  
16 zu verbessern. Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter Nordrhein-Westfalens die  
17 Beschäftigten so unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund  
18 ausüben können. Kitas sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem  
19 beschäftigt sind, sondern wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen  
20 Lernens, denn das beginnt nicht erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach  
21 deshalb auch für alle Kinder komplett gebührenfrei sein.

## **22 Kinderarmut wirksam bekämpfen!**

23 NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen.  
24 Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit  
25 Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen  
26 auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im  
27 Elternhaus zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um  
28 den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute  
29 Zukunftsperspektiven zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in  
30 diesem Bereich sogar drastisch kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und  
31 damit die Konflikte im Land.

32 Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir  
33 brauchen nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale  
34 Einrichtungen sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche  
35 verzichten. Ein diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien  
36 unkompliziert ausgegeben werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen,  
37 Schwimmbäder, Theater und andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte  
38 und Gemeinden in NRW zusammenarbeiten und gegenseitig ihre Berechtigungsnachweise  
39 anerkennen.

40 Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein  
41 kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

42 Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und  
43 teilweise richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus.  
44 Wir brauchen dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung,  
45 Sport und Freizeit für Kinder und Jugendliche.

## 46 **Jedem Kind ein gutes Zuhause**

47 Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und  
48 gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt.  
49 Doch die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in  
50 dieser Zeit nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor  
51 ihrer eigenen Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise  
52 Unterbringungsmöglichkeiten, dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch  
53 ein guter Platz für ein schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen  
54 dringend stärker unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute  
55 Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen  
56 Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter  
57 enger interkommunal zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die  
58 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und  
59 Gemeinde zugeschnitten werden.

60 Unsere Städte und Gemeinden gehören nicht bloß den Erwachsenen

61 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können,  
62 auch die jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht bloß am Autoverkehr  
63 orientieren, sondern für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung,  
64 getrennten Radwegen und weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung,  
65 aber mehr Grün- und Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen  
66 dazu besonders in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen.

67 Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen  
68 Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht  
69 immer das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also in  
70 unseren Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten selbstverständlich werden, dass Kinder und  
71 Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in  
72 der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken  
73 können, müssen besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik  
74 geopfert werden.